

## **6. Auslagerung der engeren Zentralverwaltung**

Postulat Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach) und Lorenz Habicher (SVP, Zürich) vom 25. Oktober 2021

KR-Nr. 369/2021, RRB-Nr. 64/12.1.2022 (Stellungnahme)

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 12. Januar 2022 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

*Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg):* Müssen die Arbeitsplätze der engeren Zentralverwaltung an teuerster Lage in der Stadt Zürich und dazu in denkmalgeschützten Gebäuden sein? Die SVP ist klar der Meinung: nein. Zumindest muss geprüft werden, ob die Nutzungskosten ausserhalb der Stadt Zürich nicht viel kostengünstiger ausfallen würden.

Die aktuell geplante Sanierung der engeren Zentralverwaltung für rund 300 Millionen Franken ist ein Luxusprojekt und eine Verschleuderung von Steuergeldern. Nur noch wenige Unternehmen leisten sich diesen Luxus von Büros inmitten der Stadt Zürich. Wieso treibt es viele Unternehmen in die Agglomerationen? Wieso wird der Innovationspark in Dübendorf geplant und nicht in der Stadt Zürich?

Die Regierung lieferte in der Beantwortung der Anfrage KR-Nr. 370/2018 gleich selbst die Argumente, wieso die Gebäude der engeren Zentralverwaltung nicht als Bürogebäude geeignet sind: «Eher ungünstiges Verhältnis von Geschossflächen zu Nutzflächen sowie zahlreiche denkmalpflegerische Vorschriften», ist zu lesen. Dies bestätigt auch das neue Umbauprojekt der Baudirektion für die engere Zentralverwaltung. Die Bürofläche pro Arbeitsplatz kann lediglich auf 14,5 Quadratmeter pro Arbeitsplatz gesenkt werden – was absolut unbefriedigend ist mit den heutigen Möglichkeiten von digitalen Arbeitsplätzen. Fazit: Zu teuer und die Gebäude werden viel zu ineffizient genutzt.

Weitere Vorteile einer Dezentralisierung der Arbeitsplätze der engeren Zentralverwaltung: Arbeitsplätze in den Gemeinden beleben die Agglomerationen, und die aus ökologischer Sicht unnötige Pendlerei wird reduziert. Es ist unverständlich, weshalb sich der grüne Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) weiter an einen Regierungsratsbeschluss aus dem Jahr 2015 klammert und eine Dezentralisierung von Arbeitsplätzen weiterhin ablehnt. Die heutige Arbeitswelt, die technischen Möglichkeiten, die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und die Situation in der Stadt Zürich sind in keiner Weise mit den Gegebenheiten aus dem Jahre 2015 zu vergleichen. Es ist angezeigt, die Strategie von der geplanten Sanierung der engeren Zentralverwaltung zu überprüfen. Bitte stimmen Sie unserem Postulat zu. Danke.

*Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich):* Die FDP wird dieses Postulat ebenfalls überweisen, obwohl wir hierzu in der Fraktion intern kontroverse Argumente gehört haben. Wir sind uns bewusst, dass der Bericht, der wird aufwendig sein. Aber der

Teilprotokoll – Kantonsrat, 218. KR-Sitzung vom 27. Februar 2023

Bericht wird eine gute Auslegeordnung sein für all die Diskussionen, die wir schon x-fach hier drin geführt haben, die wir wahrscheinlich auch weiterhin führen werden und auch für weitere Forderungen, die gestellt werden.

Wir haben es in der Stellungnahme des Regierungsrats gehört: Alles konzentriert sich auf die Innenstadt und auf den Hauptbahnhof in Fussdistanz. Wir müssen aber weiterdenken. Das Zentrum beinhaltet mehr als nur einen Hauptbahnhof in Fussdistanz; das Zentrum ist grösser. Auch Homeoffice und die Digitalisierung müssen berücksichtigt werden. Es müssen ja nicht die Verwaltungseinheiten und Teams auseinandergerissen werden, wie jetzt in der Antwort des Regierungsrats befürchtet wird, sondern es geht um neue Standorte, denn auch die bisherigen Standorte müssen saniert werden. Das wissen wir. Die können teils aufgrund der denkmalpflegerischen Anforderungen gar nicht an die moderne Büro- und Arbeitswelt angepasst werden. Es gibt also genügend Argumente, die wir in einem Bericht ausdrücklich und ausführlich beleuchtet haben möchten. Bei der Auslegeordnung soll auch ein Fokus auf die finanziellen Auswirkungen gelegt werden. Nicht die Überlegung, ob ein Neubau günstiger ist als eine Sanierung, sondern auch, ob neue Standorte nicht allenfalls auch Auswirkungen haben können auf die Mieten zum Beispiel in der Innenstadt, denn der Druck auf die Mieten könnte ja sinken, wenn es auch andere attraktive Wohnorte gäbe als nur in der Stadt Zürich. Das wäre sicher auch interessant.

Es sollen neue Wege gedacht werden, neue Verkehrsströme, neue Pendelströme. Mit neuen dezentralen, attraktiven Arbeitsorten könnte das eine Chance sein. Der Bericht, wie gesagt, ist eine gute Basis für eine weitere Diskussion. Wir überweisen daher das Postulat. Besten Dank.

*Karin Joss (GLP, Dällikon):* Ich würde durchaus für Behördengänge nach Winterthur, Uster, Bülach oder an andere schöne Orte im Kanton Zürich fahren. Es muss nicht immer die Stadt Zürich sein, aber zu weit soll der Weg dann doch auch nicht sein. Abgesehen davon, dass es für mich als Kundin gar nicht mehr viele Gründe gibt, ein Amt persönlich aufzusuchen. Wenn ich beim Kanton arbeiten würde, dann wäre mir ein Standort in Regensdorf durchaus sympathisch. Ich weiss, dass Städte, die kleiner sind als Zürich, sehr gerne eine Verwaltungsabteilung aufnehmen würden. Das hätte viele Vorteile wirtschaftlicher und struktureller Natur und würde die Attraktivität durchaus erhöhen. Es wurde mir sogar ans Herz gelegt, Winterthur namentlich zu erwähnen. (*Heiterkeit*)

Ein paar Überlegungen dazu: Auf der grünen Wiese kann man ein Projekt sicher optimal realisieren in Bezug auf Platz, Technik und andere Anforderungen; in bestehenden Gebäuden hat man einen Rahmen, der einschränkt. Wenn ich aber dieses neue Rathaus anschau, so muss ich sagen, dass auch in einem bestehenden Gebäude eine perfekte Lösung möglich ist. Wenn es neuen Platzbedarf gibt, dann soll der Kanton auf jeden Fall prüfen, ob externe Standorte in Frage kommen. Das Wachstum wurde aber durchaus auch gebremst, denn bekanntlich haben wir immer mehr Teilzeitpräsenz im Büro wegen Homeoffice. Soll nun also aktiv ausgelagert werden oder soll der Kanton nur bei neuem Bedarf reagieren und prüfen?

Eine Überlegung der Postulanten, nämlich der Pendlerdruck auf die Stadt Zürich: Würde der wirklich abnehmen? Ich denke, kaum, denn bei einem Wegzug der Verwaltung würden die Pendler nicht nur einfach nach Dübendorf statt nach Zürich pendeln, sondern es gäbe neue Pendler, die in diesen Liegenschaften arbeiten würden oder neue Kunden. Über das Ganze gesehen, ist das eher ein Nullsummenspiel.

Der Sanierungsbedarf: Daran würde sich fast nichts ändern, denn so oder so ist ein guter Zustand dieser Gebäude erforderlich. Was wird mit den schönen, zum Teil geschützten Gebäuden der Zürcher Baukultur passieren, wenn die Verwaltung sie verlassen würde? Sie tragen heute zum attraktiven Stadtbild bei, und es ist durchaus ein würdiges Gefühl, sie zu betreten. Man muss sich überlegen, wie man sie dann weiterhin nutzen würde. Kommt ein Fastfood-Tempel in Frage oder eher ein internationaler IT-Konzern oder eine Bank? Historische Häuser sollen auf keinen Fall mit Werbung an der Fassade verunstaltet werden. Jedenfalls ist es keine zentrale Aufgabe des Kantons, seine Liegenschaften ertragsoptimiert zu vermieten, statt sie selbst zu nutzen. Ob sich ein Mehrwert ergäbe, das ist noch umstritten. Wie sieht es mit den Mitarbeitenden aus? Kurzfristig wird ein Wechsel des Standorts keine Begeisterung auslösen. Mittelfristig kann vielleicht ein grösserer Pool von Fachleuten erschlossen werden, aber den Fachkräftemangel wird dies nicht lösen.

Eine Verwaltungseinheit mit Kundenpräsenz muss gut erreichbar sein. Das Strassenverkehrsamt hat seit Langem zwei Standorte, das Unispital seit einiger Zeit auch. Heisst das, es braucht bei einer Dezentralisierung der Verwaltung jeweils mehrere Standorte? Das hätte dann wieder eine Dezentralisierung innerhalb einer Einheit zur Folge – das müsste man prüfen.

Ein Teil der GLP-Fraktion möchte eine ergebnisoffene Beurteilung der Situation, damit man vielleicht auch Lösungen findet, die durch die bisherigen Rahmenbedingungen nicht möglich sind. Ein anderer Teil unserer Fraktion findet, dass die Dezentralisierung einige Nachteile aufweist und zu wenig Mehrwert bietet, sodass man nur für neue Bedürfnisse nach Adliswil oder Rüti gehen soll. Wir haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

*Beatrix Stüssi (SP, Niederhasli):* Ich nehme mal an, die Postulantinnen und Postulanten hatten grundsätzlich sicher eine gute Absicht, wollen sie doch ermöglichen, dass die Arbeitnehmer nicht in die Stadt zur Arbeit gehen müssen, stattdessen soll die Arbeit zu den Arbeitnehmern gebracht werden. Leider haben sie dabei völlig ausser Acht gelassen, dass weder die Arbeitnehmer einer bestimmten Branche noch deren Kundschaft irgendwo konzentriert vereint leben, weshalb das Pendeln so oder so bleiben, aber komplizierter wird. Zudem blenden die Initianten völlig aus, dass die Wege für Vertreter und Vertreterinnen von kantonalen und ausserkantonalen Behörden und Verwaltungen möglichst kurz und eben zentral und gut erschlossen sein müssen.

Zürich und die dortigen kantonalen Immobilien in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes liegen zentral und erfüllen somit all diese Ansprüche. Die kantonsei-

genen Liegenschaften lassen sich bei der geplanten Sanierung in Sachen Flächeneffizienz sehr gut optimieren. Diese Flächen können dabei zu mehr und attraktiven, modernen und zeitgemässen Arbeitsplätzen erneuert werden. Neue Arbeitsmodelle wie Homeoffice, mobiles Arbeiten und zunehmendes Arbeiten in Teilzeit können berücksichtigt werden, was dem Kanton ermöglicht, ein guter Arbeitgeber zu sein und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Natürlich hat die Sanierung ihren Preis. Weil aber durch die optimalere Nutzung gemietete Standorte aufgehoben werden können, und dadurch keine neuen Mietstandorte dazukommen, können künftig Mietkosten eingespart werden. Auch die Rekrutierung von Personal und die Besetzung von Stellen kann so mit grosser Wahrscheinlichkeit realistisch vereinfacht werden. Das Beibehalten des Standortes macht also ökologisch und wirtschaftlich Sinn. Deshalb lehnt die SP dieses Postulat ab.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Ich würde diesen Vorstoss als rührig titulieren. Warum als rührig? Weil, man will im Guten etwas erreichen, nur ist er meines Erachtens nicht sehr durchdacht. Deshalb ist er abzulehnen.

Mir bleibt in meinen Ohren das Wort von Regierungsrat Neukom, als er ziemlich neu Regierungsrat war und uns hier in diesem Rat den Zustand der Gebäude der kantonalen Verwaltung erläutert hat. Unter anderem derjenige des Walchenturms, wo uns die Ziegel auf den Kopf fallen, wo man wirklich Feuerwehr spielen muss oder er Feuerwehr spielen muss, damit die Gebäude nicht wirklich auseinanderfallen.

Ich denke, es braucht etwas anderes, Domenik Ledergerber, Herr Parteipräsident (*der SVP Kanton Zürich*) und Mitunterzeichner. Es braucht eine Gesamtschau. Ich weiss nicht, ob die gemacht wurde, ob die vorliegt, Herr Regierungsrat, und zwar mit verschiedenen Graden der einzelnen Gebäude. Und wenn ich Grade sage, dann meine ich Energieeffizienz, wie dies die linke Ratsseite jetzt immer wieder geflissentlich hier erwähnt. Es geht um die Energieeffizienz. Meine Voredner, ausser die SP-Rednerin, haben nichts Grosses dazu gesagt, vor allem nicht die Rednerin der GLP. Da ging es eher um die Standorte und um das schöne Bülach und Winterthur und Adliswil und so weiter. Es geht ja nicht darum. Es geht darum, jetzt mal zu schauen, was wir haben. Brauchen wir alle diese Gebäude? Brauchen wir in der engeren Zentralverwaltung so viele Arbeitsplätze? Wollen wir die Arbeitsplätze fest zugewiesen haben oder wollen wir ein Karussell, wie wir es bei den Grossbanken haben, wo am Morgen die Leute reinlaufen, schnell, schnell und sich einen Sitzplatz oder eine Sitzgruppe reservieren, sonst kann man in der Arbeitsgruppe oder in der Abteilung nicht mehr zusammensitzen? Nein, ich glaube, das ist nicht dienlich für eine Zentralverwaltung, auch für den Bürger nicht, der ja wissen sollte, wo seine Ansprechpartner sind, wenn man sie dann mal sehen darf, kann und will.

Ich möchte von Herrn Regierungsrat jetzt zu diesem Vorstoss hören, wie er die Lage einschätzt. Er weiss es am besten. Was die Regierung tut, um diese Gebäude der engeren Zentralverwaltung wieder zumindest etwas in den Schuss zu kriegen. Wie viel es kostet, hat der Postulant uns erklärt: etwa 300 Millionen. Scheinbar

gibt es da Pläne. Dann vor allem, was er dazu meint, dass es eine 10-Millionen-Schweiz und ein Zweieinhalb-Million-Kanton Zürich im Jahre 2030 geben wird – das wollen Sie alle hier drin oder die meisten von Ihnen –, was das an Verwaltung und was das an zentraler Verwaltung braucht und wie diese Gebäude aussehen sollen. Deshalb überweisen Sie dieses Postulat nicht. Wenn schon, dann verlangen Sie eine grössere Schau und nicht eine gröbere Schau, sondern eine grössere Schau, die Ihnen dann auch darlegt, was hier gemacht werden soll. Ich glaube, das macht Sinn. Wir haben das in der Kommission, in der ich sitzen darf, in der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) auch schon angeschaut. Aber ich bin wirklich der Meinung, und da haben die Postulanten sicher recht, man muss jetzt für die nächsten 15 Jahre einen Plan machen, das vor dem Hintergrund der Energieeffizienz, aber auch der steigenden Bevölkerungszahlen und somit der grösseren Mitarbeiterstäben im Asylwesen und so weiter. Da braucht es sicher viel, viel mehr Leute. Die sind ja alle auch irgendwo unterzubringen. Ich danke.

*Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen):* Das Postulat weist einige seltsame Forderungen und unlogische Begründungen auf. Der Kanton soll Land suchen in der Agglomeration oder noch weiter draussen. Dieses soll dann günstiger sein als das Land, das er schon besitzt und bewirtschaftet? Diese Ökonomie geht nie auf, zumal in der Agglo Land weder günstig noch verfügbar ist.

Die gewinnbringende Vermietung der engeren Zentralverwaltung ist wohl auch eher ein Wunschdenken. Die denkmalgeschützten Gebäude müssen so oder so zuerst renoviert werden, also, für die bauliche Sanierung ist ohnehin der Kanton zuständig. Da kann nichts gespart werden. Die Verwaltung ist auf gute Erreichbarkeit angewiesen. Wo im Kanton gibt es noch geeignete Flächen? Sie müssten ja eine ähnlich hohe Erreichbarkeit haben. Die Zentralverwaltung im Kreisler Betzholz ist wohl eher als Witz gedacht, eine Verwaltung, die nur mit dem Auto erreicht werden kann.

Es wird mit Pendlerwegen argumentiert. Der verkehrstechnische Zugang zur Stadt sei erschwert und je länger je schwieriger. Ist es wirklich sinnvoll, wenn eine dichte Nutzung – und in der engeren Zentralverwaltung haben wir eine solche – nahe dem HB (*Hauptbahnhof*) an den Rand des Kantons verlagert wird? Und wenn die Gebäude der engeren Zentralverwaltung nachher vermietet würden, so ändert sich an den Pendlerwegen nach Zürich rein gar nichts. Anstatt kantonale Angestellte pendeln dann private. Bitte lehnen Sie dieses Postulat ab.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Wir haben es gehört: Im Jahr 2015 hat der Regierungsrat seine Immobilienstrategie festgelegt, damals unter massivem Druck seitens dieses Rates. Der erwähnte RRB (*Regierungsratsbeschluss*) legt fest, dass die Zentralverwaltung am Standort Stadt Zürich verbleiben soll. Und jetzt ist auch klar: An der ganzen Misere ist unser grüner Baudirektor schuld. Aber: Halt! Im Jahr 2015 war gar nicht Martin Neukomm Baudirektor, sondern Markus Kägi von der SVP. Und so frage ich mich dann schon, wo war die SVP in den vergangenen Jahren, als es darum ging, Verlagerungen weg von der Stadt Zürich zu machen? Es gab so viele verpasste Chancen. Die EVP wollte zum Beispiel, dass das USZ

(*Universitätsspital Zürich*) neu in Stettbach gebaut werden sollte. Leider wurde diese Chance verpasst. Wir bauen jetzt inmitten der Stadt am teuersten Platz einen Milliardenbau, der einmal unbezahlbar sein wird. Leider war die SVP damals nicht mit dabei, als es um die Verlagerung ging. Die EVP war dafür, dass auch der Kantonsrat dezentral, ausserhalb der Stadt Zürich, tagen könnte. Wie hat die SVP aufgeschrien! Und gemeint, der Kantonsrat müsse zwingend in der Stadt Zürich tagen und zwingend im altehrwürdigen Rathaus sein, ganz egal, wie denkmalgeschützt dieses Gebäude auch sei. Auch hier eine verpasste Chance, bei der die SVP leider nicht mit dabei war. Oder als es darum ging, den Stellenbeschrieb des Ombudsmanns ins Gesetz zu schreiben, wurde festhalten, sein Arbeitsort muss zwingend in der Stadt Zürich sein. Was für das USZ undenkbar ist, was für uns als Rat undenkbar ist, was für den Ombudsmann undenkbar ist, soll nun für die Zentralverwaltung plötzlich kein Problem sein. Sorry, liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP, hier seid ihr uns in den vergangenen Jahren einfach zu inkonsequent gewesen und deshalb heute nicht glaubwürdig. Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab.

*Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach):* An Herrn Schaaf kann ich schnell entgegenen: Man kann ja auch klüger werden. Und an Herrn Schweizer möchte ich jetzt replizieren, nach dem Motto, was interessiert mich mein Geschwätz von gestern oder meine Vorstösse von anno 2011.

Verwundert reibe ich mir die Augen ob der Antwort des grünen Regierungsrates. Ich hätte gehofft, dass er diesem ur-grünen Anliegen – denn im 2011 hat die grüne Fraktion praktisch einen identischen Vorstoss eingereicht. Ich hätte da eine vertiefte Betrachtung erwartet, zumindest eine Chance, um so substantiell dann auch den Umweltschutz ein bisschen verbessern zu können. Aber einmal mehr versteckt er sich hinter Allgemeinplätzen, betet gebetsmühlenartig die Antworten der letzten Vorstösse zum selben Thema herunter und macht nicht einmal den Eindruck, dass er an einer Lösung für die Umwelt interessiert ist. Dass er natürlich nicht an einer Stärkung der Agglomeration und des Gewerbes interessiert ist, erstaunt hingegen weniger. Weil alles, was mit Wirtschaft zu tun hat, ist ja pfui. Dass es aber eigentlich die Wirtschaft ist, die seinen grünen Träumen die nötigen finanziellen Mittel verschafft, ignoriert er grossräumig. Einmal mehr sind die Grünen nur vordergründig vorwärtsgerichtet. In Tat und Wahrheit sind sie rückwärtsgerichtet und halten an alten Zöpfen fest. Schade um die verpasste Chance.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen):* Ich möchte nur schnell Herrn Schaaf entgegenen und meine Vorrednerin korrigieren. Wir waren schon klug in der SVP. (*Heiterkeit*) Also, was sich hier Herr Schaaf herausnimmt und sagt, die Zentralverwaltung sei mit der gleichen Wichtigkeit in der Innenstadt wie zum Beispiel der Kantonsrat oder das PJZ (*Polizei- und Justizzentrum Zürich*) oder der Ombudsmann, es tut mir leid, das können Sie doch nicht miteinander vergleichen. Der Kantonsrat gehört ins Zentrum. Wir kommen aus dem ganzen Kanton und treffen uns hier in der Mitte. Ebenso muss man zum Ombudsmann, der muss für

alle erreichbar sein. Das PJZ, das ist mir egal. (*Heiterkeit*) Aber diese beiden Institutionen und die Zentralverwaltung, die ist mir eben auch egal. Im Gegenteil, als Gemeindepräsident möchte ich, dass die, die etwas von der Gemeinde wollen, gefälligst zu mir kommen und nicht umgekehrt. So muss es sein.

*Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) spricht zum zweiten Mal:* Geschätzter Hans-Peter Amrein, ich muss dich enttäuschen: Martin Neukom kann dir keine Antwort geben; er hat diese Gesamtschau nicht gemacht. Und diese fordern wir genau mit diesem Postulat, denn im Zuge der Sanierung der engeren Zentralverwaltung hat er nur einen Umbau und einen Neubau an diesem Standort geprüft, aber nicht geprüft, was eine Dezentralisierung für Auswirkungen hätte. Es bestätigt sich wieder einmal mehr: Die grünen Politiker von heute sind nicht aus demselben Holz geschnitzt wie ihre Vorgänger. Das wahre grüne Gen ist bei Ihnen gänzlich verlorengegangen. (*Heiterkeit*) Ich muss Ihnen gestehen, mein Vorstoss grenzt an ein Plagiat, denn meine Forderungen und meine Überlegungen haben sich bereits 2011 drei grüne Kantonsräte gemacht und das Postulat KR-Nr. 56/2011 eingereicht. Ich zitiere aus deren Argumentation: «Über 40 Prozent des motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs werden durch Pendlerinnen und Pendler zwischen Wohn- und Arbeitsort erzeugt. Dieser Verkehr frisst nicht nur enorme volkswirtschaftliche und private Ressourcen, er trägt auch in grossem Masse zur Umweltverschmutzung und zum Ressourcenverschleiss bei.» Und: «Nicht nur im ökologischen und ökonomischen, sondern auch im sozialen und kulturellen Bereich bringt eine Dezentralisierung der Arbeitsplätze Vorteile.» Damals wurde das Postulat überwiesen. Es ist auch heute angezeigt, unser Postulat zu überweisen. Dankeschön.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich):* Romain Roggenmoser hat uns gesagt, die Grünen hätten die folgende Haltung: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?» Wenn man Adenauer (*Konrad Adenauer, ehemaliger deutscher Bundeskanzler*) vollständig zitiert, sagt er im zweiten Teil: «Es kann mich aber niemand hindern, jeden Tag klüger zu werden.» Und dieses Recht, das nehmen wir Grünen uns heraus. (*Heiterkeit*)

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal:* Domenik Ledergerber, Gesamtschau heisst nicht Auslagerung. Ja, dann verlangt doch diese Gesamtschau. Warum habt ihr sie nicht verlangt? Und eine Gesamtschau beinhaltet auch eine Auslagerung; sie beinhaltet eine Sanierung; sie beinhaltet eine Neugliederung; sie beinhaltet Abbruch, wenn nötig, und Auslagerungen. Warum habt ihr das in diesem Postulat nicht verlangt? Was Ihr hier verlangt, ist eine Auslagerung, und die ist utopisch. Da bin ich mit dem Grossteil dieses Rates einverstanden.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Regierungsrat Martin Neukom: Die Verwaltung des Kantons Zürich, die Angestellten des Kantons Zürich, die sind zu einem sehr grossen Teil dezentralisiert. Schauen Sie sich an, wo die Polizeiposten der Kapo

sind, wo der Standort der ZHAW (*Züricher Hochschulen der Angewandten Wissenschaften*) ist, wo derjenige des Strickhofs, wo die einzelnen Schulen sind. Das ist nicht alles zentral in der Stadt Zürich, in der Innenstadt. Also, wenn Sie schauen, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons überall arbeiten und dies auf einer Karte des Kantons Zürich aufzeigen würden, dann würden Sie sehen, dass diese sehr weit im ganzen Kanton verstreut sind. Das ist auch richtig so.

Anders ist es bei der Kernverwaltung. Das ist vermutlich das, was Sie meinen, Herr Ledergerber. In der Kernverwaltung befindet sich ein sehr kleiner Anteil aller Angestellten des Kantons Zürich. Wir sprechen hier – sagen wir mal – von rund 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an den drei Standorten direkt in der engeren Zentralverwaltung arbeiten. Also, das ist ein sehr, sehr kleiner Anteil. Es ist aber von zentraler Wichtigkeit, dass diese Leute am gleichen Standort arbeiten. Wenn Sie diese jetzt im gesamten Kanton verstreuen würden, dann verursachen Sie damit wieder Reisezeiten, sollten die sich treffen müssen. Natürlich kann man einen Teil über Video erledigen, aber gewisse Sitzungen sind einfach besser, wenn man sich direkt am Tisch trifft und Dinge ausdiskutieren kann. Die Verwaltung, die häufig sehr viele Schnittstellen aufweist, da bin ich froh, wenn die Leute kurze Wege haben, damit Sie gut miteinander zusammenarbeiten können. Ich kann Ihnen ein Beispiel geben: Alleine das Immobilienamt und das Hochbauamt haben sehr viel zusammen zu tun. Die Gebäude liegen aber 200 Meter auseinander. Nur schon da wäre es besser, wenn die im gleichen Gebäude wären. Ich kann Ihnen versichern, die Zusammenarbeit würde sich nochmals verbessern, einfach aufgrund der kurzen Wege, wenn Sie nur ein paar Schritte gehen müssen, um mit jemandem im Büro kurz etwas besprechen zu können. Das ist einfach etwas anderes, als wenn Sie anrufen müssen.

Der zweite Punkt – und das habe ich schon mal hier in diesem Rat gesagt: Wir haben alle ein Interesse, dass wir in der Verwaltung gute Leute haben. Dass wir gute Leute haben und gute Leute finden, das liegt auch daran, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sind und bleiben müssen. Da ist vielleicht der Lohn ein relevantes Kriterium, aber natürlich auch der Standort, dass dieser gut erreichbar ist. Das nennt man Arbeitgeberattraktivität. Hier können wir sehr, sehr froh sein, dass wir diese EZV (*engere Zentralverwaltung*) haben, weil, wenn wir diese kaufen müssten, wäre dies wahrscheinlich enorm teuer. Also, wir können uns glücklich schätzen, dass wir ein so gutes Grundstück so nahe im Zentrum beim Hauptbahnhof haben. Ein solches Grundstück sollte man aus immobilienökonomischer Sicht niemals weggeben.

Was ich nicht verstanden habe, ist das Argument, dass Pendeln könne reduziert werden. Ich verstehe das einfach logisch nicht ganz. Weil, erstens würden da neue Büros reinkommen, das heisst, andere Leute würden pendeln, die dann dort arbeiten würden. Und zweitens, wenn Sie alles in Winterthur zentralisieren würden, dann müssten die Leute einfach nach Winterthur pendeln, weil nicht alle, die beim Kanton arbeiten, in Winterthur wohnen. In dem Sinne verstehe ich Ihre Vorwürfe zur Ökologie inhaltlich nicht.



Zur Sanierung: Wir arbeiten seit einigen Jahren nun intensiv an einem Sanierungsprojekt. Es wird ein sehr grosses Projekt; sie können sich das vorstellen. Es ist ein Büroprojekt für mindestens 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden sogar möglich machen, dass wir etwas mehr Platz schaffen, das heisst, dass wir andere Standorte sogar noch integrieren können, auch werden es moderne Arbeitsplätze sein. Herr Ledergerber, Sie haben gesagt, es werde nicht möglich sein, da moderne Konzepte zu erstellen. Ich weiss nicht, ob Sie vom Gleichen gesprochen haben. Das wird möglich sein; in den allermeisten Gebäuden wird das möglich sein, dass wir moderne Arbeitsflächen machen können und auch den Flächenstandard erreichen, den Sie sich gerne wünschen. Das ist sicherlich möglich.

Zu den Kosten: Natürlich kostet das etwas. Aber glauben Sie ja nicht, wenn man jetzt irgendwo ausserhalb einen Standort finden würde und da einen Neubau realisieren würde, dass das dann billiger käme. Das würde auch relativ viel kosten, wenn Sie einen Standort finden würden, wenn Sie sich dort einmieten müssten. Das kann ich Ihnen versprechen, auch dann wäre es teuer, selbst wenn es nicht in der Stadt Zürich ist. Aus all diesen Gründen lehnt der Regierungsrat dieses Postulat ab. Besten Dank.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 83 : 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 369/2021 nicht zu überweisen.**

Das Geschäft ist erledigt.